

BÜCHER

Die Deutschen sind besser, als sie glauben

Rezension von: Peter Bofinger, *Wir sind besser, als wir glauben. Wohlstand für alle*, Pearson Studium, München 2005, 284 Seiten, € 20,60; Albrecht Müller, *Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren*, Droemer, München 2004, 240 Seiten, € 19,90.

Die beiden hier zu besprechenden Bücher haben in der Grundtendenz vieles gemeinsam: Beide wirken als ökonomische Antidepressiva in einer Diskussionslandschaft, die speziell in Deutschland von einem Pessimismus geprägt ist, der psychologisch als Germano-Masochismus oder politisch als konsequente Verunsicherungsstrategie gesehen werden kann. Und beide Bücher wenden sich gegen die vor allem in Deutschland – und in der EU-Kommission – als „Angebots-Orientierung“ auftretende Markt-Orthodoxie und vertreten Positionen, die in Deutschland als „keynesianisch“ bezeichnet werden, international dagegen ökonomischen „mainstream“ darstellen. Im Einzelnen sind die beiden Bücher freilich so verschieden, wie Werdegang und Temperament der Autoren.

Peter Bofinger ist Ökonomieprofessor an der Universität Würzburg, anerkannter Spezialist für Geld- und Währungstheorie und seit 2004 engagiertes und eigenständiges Mitglied des deutschen Sachverständigenrates. Es

ist nicht ohne Pikanterie, dass Bofinger als positives Leitbild sich durchgehend auf Ludwig Erhard bezieht. War dessen Zielsetzung „Wohlstand für alle“, so ist das Leitmotiv der „Masochismus – Ökonomie“: „Armut für viele“. Bofinger zitiert hierfür – nicht immer ohne Polemik – eine Vielzahl von Belegen, wobei er sich als besonderes Beispiel speziell auf den bekannten Münchner Ökonomen Hans-Werner Sinn und sein Buch mit dem vielsagenden Titel „Ist Deutschland noch zu retten“ bezieht.

Bofinger leistet hier eine intellektuelle Arbeit, die faszinierend und längst überfällig ist: Er konfrontiert konkrete Aussagen der „Untergangs-Ökonomen“ und der darauf aufbauenden „Gürtel-Enger“ Sonntagsredner mit der empirisch erfassten Wirklichkeit, und er vergleicht die Ergebnisse der unter dieser Stimmungslage gesetzten Maßnahmen mit den ursprünglich gegebenen Erwartungen und Versprechen. Dabei demonstriert er konsequent und methodisch unangreifbar: Die üblichen düsteren Darstellungen der internationalen Wettbewerbskraft und der Wachstumsperspektiven Deutschlands sind empirisch nicht haltbar. Gleichzeitig haben die angebotsorientiert konzipierten „Reformen“ in den Bereichen Arbeitsmarkt, öffentliche Finanzen, Pensionsystem bei weitem nicht die damit verbundenen Versprechungen erfüllt, so dass wie bei Süchtigen die Dosis immer weiter verstärkt wird – „nach der Reform ist vor der Reform“.

Um ein Beispiel zu geben: Es ist ja wirklich erstaunlich – oder bezeichnend für den Stand der deutschsprachigen Wirtschaftswissenschaften – dass die tatsächlichen Effekte der deutschen

Unternehmenssteuerreform 2000 kaum erfasst, geschweige denn analysiert wurden. Bofinger demonstriert überzeugend, dass diese „Reform“, die das deutsche Finanzministerium noch 2002 als „besondere Leistung der Bundesregierung zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“ feiert, völlig verpuffte. Es kam zwar zu massiven Ausfällen bei den Unternehmenssteuern, aber zu keinem Anstieg, sondern sogar zu einem massiven Rückgang der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen. Gleichzeitig wurde damit das Geld „verspielt“, das man für eine Entlastung des Faktors Arbeit von Sozialabgaben hätte nutzen können. Dieses eindeutige Scheitern einer „angebotsorientierten“ Steuerreform wird jedoch in der Lobby-gesteuerten öffentlichen Diskussion in Deutschland nicht zur Kenntnis genommen, wie die jüngsten Vorschläge für weitere Senkungen der Unternehmenssteuer zeigen.

Die tiefer gehende Problematik liegt aber, wie Bofinger mit vielen Zitaten belegt, am Verlust des Denkens in gesamtwirtschaftlichen – d. h. kreislauftheoretischen – Zusammenhängen („wir brauchen wieder mehr Keynesianer in Deutschland“). Arbeitsmarktreformen werden nur mehr aus der einzelwirtschaftlichen Sicht eines Personalchefs durchgeführt; Budgetpolitik aus der Sicht eines Buchhalters, der sich dann wundert, dass Ausgabenkürzungen über Nachfragewirkungen auch zu Steuerausfällen führen, so dass die von ihm naiv angesetzte Defizitreduzierung wieder verfehlt wird.

Was Bofinger bei all seiner berechtigten Streitlust meines Erachtens noch zu wenig thematisiert, ist der Umstand, dass diese Verkümmern der makroökonomischen Analyse zu Gunsten einer überwiegend mikroökonomisch-betriebswirtschaftlichen Betrachtung nicht

nur auf volkswirtschaftlicher Unbildung beruht, sondern von der Mehrzahl der deutschen Fachökonomien getragen bzw. zumindest still akzeptiert wird. Zum Teil mag hier Gruppenzwang dahinter stehen, wie etwa die „Säuberungsaktion“ gegen kreislaufanalytische Ökonomen am DIW zeigte. Zum Teil steht dahinter aber auch ein zu rasches Kapitulieren vor Thesen der „Politikunwirksamkeit“ in Zeiten der Globalisierung und speziell der Liberalisierung der Kapitalmärkte. Bofinger, der ja auch als vehementer Befürworter der Europäischen Währungsunion aufgetreten ist, hat sich mit diesen Fragen wissenschaftlich beschäftigt, in das vorliegende „populäre“ Buch sind dagegen die Fragen des EU-Binnenmarktes und der Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik, abgesehen von einer Kritik am Stabilitätspakt als „selbst geschneiderte Zwangsjacke“, vergleichsweise wenig eingegangen.

Es ist Bofinger hoch anzurechnen, dass er sich nicht auf die fundierte Kritik beschränkt, sondern auch ein konsistentes Gegenmodell entwickelt, das er in zehn konkreten Lösungsvorschlägen zusammenfasst. Kernbereiche sind dabei: für die Finanzpolitik statt buchhalterischer Orientierung an Defizitziele ein stetiger Expansionspfad für jene Ausgaben, die vom Staat direkt kontrolliert werden können, eine umfassende Reform der sozialen Versicherungssysteme bei stärkerer Betonung der Steuerfinanzierung und Absenken der Lohnnebenkosten; statt Lohnsenkungen eine stetige Lohnpolitik, die sich – EU-weit – an der Produktivitätsentwicklung orientiert. Grundlegend ist aber vor allem eine entscheidende Bereitschaft zu einer nachhaltigen Wachstumspolitik, statt „Wende zum Weniger“ „dynamischer Durchbruch nach vorne“.

Der Autor des zweiten hier besprochenen Buches, Albrecht Müller, ist promovierter Ökonom, arbeitete bei Karl Schiller, war 1973-1982 Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt bei Willy Brandt und von 1987-1994 Mitglied des deutschen Bundestages. Er arbeitet heute als Publizist, unter anderem über eine von ihm mitgegründete kritische Internet-Seite (www.nachdenkseiten.de). So wie Bofinger greift Müller in seinem Buch die Misere und Verlogenheit der wirtschaftlichen Diskussion in Deutschland auf, wo unter dem Schlagwort „Reform“ eine Politik des sozialen Rückschritts und der Stärkung der Unternehmenseite betrieben wird.

Die Unterschiede der beiden Bücher liegen in Bezug auf Zielgruppe, Stil und Erfahrungshintergrund. Müllers Buch will breit wirken, ist daher journalistisch zupackend und akzentuiert geschrieben. Sein Erfahrungshintergrund als Publizist und wirtschaftspolitischer Berater führt ihn dazu, detailliert der Frage nachzugehen, wie es denn zur neo-liberalen Meinungsübermacht, zum „merkwürdigen Erfolg einer erfolglosen Theorie“ kommen konnte. Dass die mit Selbstsicherheit von ökonomischen Beratern, Unternehmern und Politikern vorgelegten Analysen in vielen Fällen nicht mit der Realität übereinstimmen und die entsprechenden „Reformen“ nicht die versprochenen Ergebnisse gebracht haben, belegt Müller eindrucksvoll mit einer Fülle von Zitaten und Belegen. Dass diese Fehlschläge an der öffentlichen Debatte nichts ändern, führt Müller auf gezielte Strategien der Meinungsbildung und des Lobbying von Unternehmenseite zurück. Es gilt oft als „unfein“, darüber zu reden oder zu schreiben, aber es ist schon interessant, wie Müller dokumentiert, mit welch erheblichen Mitteln der Unter-

nehmerverbände die „Revolution von oben“ (Müller: „die außerparlamentarische Opposition von oben“) an der Diskreditierung des Sozialstaates arbeitet, wie die PR-Maschine der neo-liberalen „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ läuft und welche Netzwerke zwischen Lobbyisten, Forschungsinstituten und Forschern bestehen.

All dies kann wohl nicht als einzige Erklärung dafür genommen werden, wieso es in Deutschland gerade bei einer rot-grünen Regierung zu dieser neo-liberalen Meinungsführerschaft gekommen ist, und kritische Ökonomen wie auch Interessenvertreter der Arbeitnehmerseite haben sich hier auch selbstkritische Fragen zu stellen. Aber wie sonst kaum in wirtschaftspolitischen Publikationen, wird bei Müller die beunruhigende Frage deutlich, wie die Zukunft von Demokratien aussieht, wo die Meinungsbildung zunehmend in der Hand mächtiger privater Medienkonzerne liegt, die primär ihren Werbekunden verpflichtet sind, wo jedem Wahlkampf ein Buhlen um Parteispenden vorausgeht und Forschung immer stärker vom „Einwerben“ privater Mittel abhängt.

Der Hauptteil des Buches von Müller ist eine publizistische Meisterleistung: Systematisch werden „40 Denkfehler, Mythen und Legenden“ dargestellt. Standardargumente des neo-liberalen Diskurses, jeweils mit Zitaten belegt, werden auf ihre empirische Relevanz und die entsprechenden wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen hin analysiert. Vom Mythos der „demographischen Bombe“ bis hin zum Mythos der unflexiblen Arbeitsmärkte werden damit verbundene wirtschaftspolitische Diskussionen in Einzelfragen aufgearbeitet. Müller geht dabei durchaus differenziert vor und zeigt, dass in manchen dieser „Mythen“ zweifellos auch

empirisch relevante Elemente stecken dass die entsprechenden Schlussfolgerungen dann aber oft einseitig oder irreführend sind. So ist etwa die erwartbare demographische Änderung der Altersstruktur nicht direkt gleichzusetzen mit einer entsprechenden Veränderung im Verhältnis von Erwerbstätigen zu Nicht-Erwerbstätigen und jedenfalls kein Grund, von der für den Sozialstaat wesentlichen Kombination von Umlageverfahren und Steuerfinanzierung abzugehen. Was freilich auch bei Müller, wie beim überwiegenden Teil der deutschen Diskussion, auffällt, ist das „große Land-Syndrom“. Das heißt, so wie bei US-Ökonomen, bezieht sich die Diskussion fast ausschließlich auf das eigene Land, wäh-

rend etwa die gerade für wirtschaftspolitische Fragen zentrale EU-Ebene vergleichsweise geringe Beachtung findet.

Beide besprochenen Bücher sind eine fundierte, erfrischende und längst überfällige Auseinandersetzung mit den Trägern neo-liberaler Meinungsführerschaft, deren „neue Kleider“ sich vielfach als Luftgespinste erwiesen haben. Müllers Buch ist allen wärmstens zu empfehlen, die über Wirtschaftspolitik mit „eigenem Kopf“ nachdenken wollen. Bofingers Buch hätte ich selbst gern geschrieben – ein größeres Kompliment kann man einem Kollegen kaum machen.

Ewald Nowotny